

Beschluss

2011: Gentechnikfrei!

Immer stärker erweist sich: die Agro-Gentechnik ist ein erhebliches Sicherheitsrisiko für Umwelt und Gesundheit. Verunreinigungsskandale wie der illegale BAYER-Gentech-Reis oder die Vermischung der BASF-Genkartoffel „Amflora“ mit illegalen Gen-Konstrukten zeigt: diese Technologie ist nicht beherrschbar und nicht zu verantworten. Die gesetzliche Zusage der „Koexistenz“, also auch die Bewahrung der gentechnikfreien Produktion, wird von denen gebrochen, die vollmundig behauptet haben, dass eine Gleichzeitigkeit von Gentech-Anbau und gentechnikfreier Produktion möglich wäre.

Dennoch treiben CDU/CSU, FDP und EU-Kommission die Agro-Gentechnik voran zu Lasten von VerbraucherInnen, Umwelt und gentechnikfreier Wirtschaft und vollziehen eins zu eins die Industrieinteressen. Auf europäischer Ebene will Gesundheitskommissar Dalli seinen schlechten Vorschlag zur Änderung des Gentechnik-Rechts durchsetzen: die Mitgliedstaaten sollen (nur scheinbar) die Möglichkeit erhalten, national Gentechnikfreie Regionen zu schaffen. Im Gegenzug wird die EU Kommission eine beschleunigte Zulassung neuer gentechnisch veränderter Organismen (GVO) erreichen wollen. Dabei geht es nicht nur um neue Anbauzulassungen, sondern vor allem um neue Gentech-Konstrukte für Import-Futtermittel, womit die Konzerne ihren Hauptumsatz machen. Wir wenden uns entschieden gegen eine Renationalisierung des EU-Gentechnikrechts mit „GVO-Schmutzzonen“, die enorme Risiken für Mensch und Umwelt in der ganzen EU mit sich brächten, ganz zu schweigen von den wirtschaftlichen Schäden für die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft.

Wir wollen Deutschland 2011 gentechnikfrei! Dazu wollen wir die gentechnikfreie Produktion sichern und stärken, die völlig unzureichende Zulassung stoppen, keine Wiedenzulassung des Gift-Gen Mais MON810, keine Antibiotika-BASF-Kartoffel, eine verbraucherfreundliche „Ohne-Gentechnik“-Kennzeichnung, neue Initiativen wie die faire Milch unterstützen, die ohne Gentechnik-Futtermittel arbeiten und Forschungsgelder für die neuen Herausforderungen anstatt für Konzerninteressen.

Ein besserer rechtlicher Schutz gentechnikfreier Regionen ist dabei auch unter der heute bestehenden EU-Gesetzgebung schon möglich, wie ein Rechtsgutachten im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion von 2009 bestätigt. Das EU-Recht bietet also bereits heute genügend Spielräume, um den Anbau in bestimmten Regionen zur Sicherung der Koexistenz zu verbieten. Wir fordern Ministerin Aigner und die Bundesregierung auf, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen und damit die gentechnikfreien Regionen zu stärken und durch die Aufrechterhaltung der Nulltoleranz und strikte Kontrollen einer schleichenden Verunreinigung vorzubeugen!

Wir wenden uns mit Nachdruck gegen „vereinfachte“ Zulassungsverfahren, die in einzelnen Mitgliedsländer wie den Niederlanden offensichtlich die Schleusen für GVOs öffnen sollen – und dabei die Lebensmittelerzeuger in den Nachbarländern in Gefahr bringen. Aktuell droht die

Wiederzulassung des 2009 in Deutschland verbotenen Genmais MON810, ca. 50 weitere Gen-Produkte sind in der Pipeline, die nach dem Willen der Kommission möglichst schnell auf den Markt sollen. Wir meinen: Ministerin Aigner hat mit dem Verbot die Risiken endlich anerkannt und muss die Wiederzulassung unbedingt verhindern. 1 Mio. europäische VerbraucherInnen haben mit ihrer Unterschrift, die Greenpeace der EU-Kommission überreicht hat, gezeigt, was sie von der Dalli-GVO-Politik halten. Die Kommission und Mitgliedstaaten müssen dieser massiven Verbraucherablehnung Rechnung tragen.

Die Zulassungsverfahren sind bis heute völlig unzureichend und wirtschafts-, nicht wissenschaftsbasiert. Grundlage sind von den Unternehmen der Agro-Gentechnik-Industrie durchgeführte Studien, die von den eng mit der Industrielobby verflochtenen Experten der Europäischen Lebensmittelbehörde (EFSA) und den deutschen Zulassungs- und Genehmigungsbehörden ohne eigene Studien und kritische Bewertung durchgeschoben werden. Alarmierende Organschäden der Tiere bereits in Kurzzeit-Fütterungsstudien stuft die EFSA als belanglos ein. Langzeitstudien gibt es keine, auch fehlt die öffentliche Transparenz über die eingereichten Unterlagen zur Auswertung durch unabhängige Forschung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb seit Jahren eine Reform der Zulassungsverfahren, mehr Transparenz und die Stärkung unabhängiger Risikoforschung.

Trotz des Nachweises toxischer Wirkungen des Pestizid-Gen-Maises MON810 auf Insekten und des ohnehin schon bedrohlichen Bienensterbens durch Umweltgifte wie Clothianidin und Pestizid-Genpflanzen ist der Schutz der Bienen und Insekten bis heute nicht ins Gentechnikgesetz aufgenommen – auch dies ein gebrochenes Versprechen der CDU/CSU!

Neben der Agro-Gentechnik ist das Klonen eine neue Form der Industrialisierung der Landwirtschaft, die wir aus ethischen und Tierschutz-Gründen strikt ablehnen. Auch geht damit – wie mit der Agro-Gentechnik- eine erhebliche Bedrohung unserer genetischen Vielfalt einher. Die EU-Kommission hat in einer Mogelpackung zwar das Klonen von Tieren in der EU verboten, Importe der Produkte von Klon-Tieren und deren Nachkommen bleiben aber erlaubt und landen auf den Tellern der VerbraucherInnen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- ◆ ein Moratorium für neue Anbauzulassungen von GVOs, keine Neuzulassung für den umstrittenen Gentech-Mais MON810, kein Anbau von Genpflanzen in 2011
- ◆ Einbeziehung der Verursacher an den Kosten und Folge-Kosten der Agro-Gentechnik und von Verschmutzungen
- ◆ klare und verbindliche gesetzliche Regelungen auf EU- und nationaler Ebene zum Schutz gentechnikfreier Regionen
- ◆ eine Reform der Zulassungsverfahren, Besetzung der EFSA mit unabhängigen Experten, Transparenz und Stärkung der unabhängigen öffentlichen Risikoforschung sowie die Aufnahme sozioökonomischer Kriterien (z.B. wirtschaftliches Risiko für die gentechnikfreie Wirtschaft durch eine Gentech-Zulassung)
- ◆ die Unabhängigkeit der Zulassungsbehörden in Deutschland und der EU; unlautere personelle und finanzielle Interessenverquickungen zwischen Behörden und Gentechnikindustrie müssen beseitigt und ein Verhaltenscodex erarbeitet werden
- ◆ die Streichung aller öffentlichen Gelder für die Produktentwicklung im Rahmen der GVO-Forschung
- ◆ Beibehaltung der Nulltoleranz beim Saatgut

- ◆ ein Verbot des Anbaus der BASF-Kartoffel Amflora, wie es die österreichische Bundesregierung getan hat
- ◆ kein Import von Klon-Tieren, deren Nachkommen und den Produkten daraus

Die Landesregierung von Baden-Württemberg fordern wir auf, den Worten Taten folgen zu lassen und im Bundesrat einen Antrag für die Aufrechterhaltung der Nulltoleranz und für die Stärkung der GVO-freien Regionen zu stellen entsprechend der Äußerungen der CDU-Staatssekretärin Gurr-Hirsch: „Wir brauchen in Baden-Württemberg keine Gentechnik, weil wir klein parzelliert sind und dazu eine eigene Pflanzenzüchtung haben, die auch in Zukunft verlässliche Erträge bringt.“ (PM vom 17.10.2010).